

<u>Dringlicher Antrag</u> der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.:	VO/1785/2012	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	02.11.2012	
	Eingang:	02.11.2012	
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Erhalt bzw. Inbetriebnahme der Partikeltherapie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, die Landesregierung aufzufordern dafür Sorge zu tragen,

- a) dass die Partikeltherapieanlage des UKGM in Marburg in Betrieb genommen wird
- b) und dass dafür, wenn erforderlich, eine längere Erprobungszeit oder zusätzliche Forschungsmittel aufgebracht werden, verknüpft mit vertraglich abgesichertem klaren Mitspracherecht des Landes bezüglich der Anlage und des Klinikums.

Begründung:

Die neue Partikeltherapie ist für viele Krebspatienten ein letzter Hoffnungsschimmer. Bisher hat niemand bestritten, dass die Marburger Anlage den therapeutisch-medizinischen Anforderungen entspricht, wie etwa auch die in Heidelberg. Bekannt geworden sind nur ökonomische Gründe, die es verhindern, dass die Anlage in Betrieb genommen wird. Bei neuen medizinischen Entwicklungen braucht es immer Anlauf- und Erprobungsphasen bis sie in dem Umfang bei Patienten eingesetzt werden können, wie dies aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich erscheint.

Die Inbetriebnahme der Partikeltherapieanlage muss für die Verbesserung der Heilungschancen von Krebspatienten erfolgen. Gleichzeitig geht es aber auch um den Standort der Mittelhessischen Universitäten. Um dem UKGM und den Medizinischen Fachbereichen in Marburg und Gießen mit ihren anerkannten Forschungskapazitäten gerecht zu werden, muss alles getan werden, dass die Partikeltherapie erfolgreich in Betrieb genommen werden kann. Da die Hinhaltetaktik der Rhön Klinikum AG bereits zum Weggang des für die Anlage eigens berufenen Hochschullehrers geführt hat, muss die Landesregierung schnellstmöglich tätig werden, die Bedingungen klären und die Voraussetzungen schaffen, damit die Anlage in Betrieb gehen kann.

Wenn zusätzliche Forschungsmittel, auch des Landes, dafür erforderlich wären, sollte die Landesregierung sie für die Inbetriebnahme der Partikeltherapie bereitstellen. Damit verbunden sein muss allerdings, dass zwischen der Rhön Klinikum AG und dem Land ein klares Mitspracherecht bezüglich der Anlage und des Klinikums vertraglich abgesichert wird.

Die Landesregierung hatte der Philipps-Universität Marburg und der Universitätsstadt Marburg zugesagt, dass mit der Partikeltherapie der Standort Marburg des Uniklinikums deutlich gestärkt und ausgebaut werden würde. Diese Zusage der Landesregierung, den Standort des Universitätsklinikums auf den Lahnbergen zu stärken, muss nun eingehalten werden!

**Dr. Christa Perabo
Angela Dorn**

**Erika Lotz-Halilovic
Gerald Weidemann**